

Hauptabteilung Politik und Beratung
Berlin, März 2017



Landtagswahl Saarland

Landtagswahl im Saarland

am 26. März 2017

Wahlanalyse

Endgültiges Ergebnis

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Teamleiterin Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

viola.neu@kas.de

1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Landtagswahl im Saarland¹

Die **CDU** hat die Wahl im Saarland mit einem Plus von 5,5 Punkten und einem Ergebnis von 40,7 Prozent gewonnen. Drei Momente sind ausschlaggebend: Die hohe Zufriedenheit mit der Arbeit der Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer, der Wunsch nach einer Fortsetzung der Großen Koalition und die damit einhergehende Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung.

Im Vorfeld der Wahl schwankte das Meinungsklima erheblich. Auch wenn die Umfragelage für die gesamte Legislaturperiode eher dürftig ist (es liegen von 2013 bis 2016 gerade einmal fünf Befragungen vor), hatte die CDU in 2016 einen zweistelligen Vorsprung vor der SPD, den sie auch noch im Januar halten konnte. Die Umfragen aus dem März reflektierten hingegen den sogenannten „Schulz-Hype“, der durchgängig bei allen Umfragen eine Verbesserung der Zahlen für die SPD mit sich brachte. In den letzten Umfragen lagen die beiden Volksparteien recht nah beieinander. Bei der Forschungsgruppe Wahlen trennten die Volksparteien fünf Punkte; bei Infratest dimap ein Punkt. Das mag oberflächlichen Betrachtern ein Beleg dafür sein, dass Umfragen das Wahlergebnis nicht vorhersagen können. Was doppelt richtig ist: Sie können und wollen dies auch nicht, da Umfragen kein Prognoseinstrument sind, sondern Stimmungen messen. Die einzigen Prognosen, die den Namen verdienen, sind die sogenannten Exit Polls, deren Ergebnisse von der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap um 18:00 Uhr am Wahltag veröffentlicht werden. Deren Abweichungen vom tatsächlichen Wahlergebnis sind minimal.

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut.

Umfragen sind hingegen eine wichtige Informationsbasis für die eigene Wahlentscheidung, da der Wähler daraus ableiten kann, wie sich andere entscheiden könnten und auf dieser Basis selbst seine Meinung bildet. Dass es dabei auch gelegentlich zu strategischen Fehleinschätzungen kommt, die dann ein ungewolltes Wahlergebnis hervorbringen, passiert manchmal (z.B. die Landtagswahl in Niedersachsen 2013; dort wählten zu viele mit der Erststimme die FDP, so dass der CDU am Ende ein Mandat fehlte und beide Parteien in der Opposition landeten).

Im Saarland scheinen die letzten Umfragen einen Einfluss auf das Wahlverhalten gehabt zu haben. Mit einer steigenden Wahrscheinlichkeit einer rot-roten Regierung und der Abwahl der amtierenden Ministerpräsidentin entschieden sich Wähler dafür, diese Option zu verhindern. Da die kleinen Parteien im Saarland traditionell häufig nicht über die Fünf-Prozent-Hürde kommen und ihnen nach dem Debakel der Jamaika-Koalition immer noch ein Makel anhaftet, waren strategische koalitionstaktische Wahlüberlegungen nachrangig.

Annegret Kramp-Karrenbauer gehört zur Top-Liga der Ministerpräsidenten. In der Zufriedenheit mit ihrer Arbeit, der 75 Prozent zustimmen, wird sie nur von Winfried Kretschmann übertrumpft (Infratest dimap). In der Frage, ob sie ihre Sache gut mache, erreicht sie einen Wert von 80 Prozent. Nur Winfried Kretschmann, Olaf Scholz und Stanislaw Tillich bewegen sich in dieser Liga (Forschungsgruppe Wahlen). Diese Werte können nur entstehen, wenn in allen Anhängerschaften eine Zustimmung erfolgt. In stark polarisierten Wahlkämpfen und konträren politischen Lagern sind solche Werte unwahrscheinlich. So kann die Ministerpräsidentin in allen Lagern auf erhebliche Zustimmung bauen. Fast alle CDU-Anhänger, mehr als jeweils drei Viertel der SPD-, Grünen- und FDP-Anhänger bewerten ihre Arbeit gut und selbst bei der Linken und der AfD mehr als die Hälfte. Dies drückt sich ebenfalls in ihrem Vorsprung gegenüber ihrer Herausforderin aus. Bei der direkten Frage nach der

hypothetischen Direktwahl lässt sie Anke Rehlinger von der SPD 37 Punkte hinter sich (Infratest dimap), bei der alternativen Frage, wen man lieber als Ministerpräsidentin hätte, liegt sie 16 Punkte vor der SPD-Spitzenkandidatin (Forschungsgruppe Wahlen). In den eigenen Reihen wird Kramp-Karrenbauer mit einem ausgesprochen hohen Wert von 4,1 bewertet (auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala). Rehlinger erreicht dort 3,3 und Oskar Lafontaine 3,7. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die Amtsinhaberin in der Bewertung ihrer Eigenschaften deutlich vor der SPD-Spitzenkandidatin liegt.

Die SPD hat im Meinungsklima in den letzten Wochen Werte von über 30 Prozent erreicht, im Januar wurde sie mit 26 Prozent gemessen. Nachdem die Medien seit Ende Januar den eine Woche vor der Wahl im Saarland mit 100 Prozent gewählten Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten, Martin Schulz, mit euphorisierten Begriffen versehen, scheinen die Saarländer die Person Schulz nur am Rande bei ihrer Wahlentscheidung berücksichtigt zu haben. 9 Prozent der SPD Wähler geben an, sie hätten die SPD nur wegen Martin Schulz gewählt, 91 Prozent hätten die SPD sowieso gewählt.

Im Saarland herrscht eine große Zufriedenheit mit der amtierenden Großen Koalition und keine Wechselstimmung. Von der positiven Bewertung profitieren beide Partner. Die meisten Saarländer sind mit der Landesregierung zufrieden. 68 Prozent äußern sich in diese Richtung. Lediglich die bayerischen Bürger sind mit 69 Prozent minimal zufriedener (Infratest dimap). Die Regierung erhält insgesamt einen Wert von 2, die CDU in der Regierung 1,8 und die SPD 1,7 (Forschungsgruppe Wahlen). 48 Prozent bewerten eine Große Koalition unter Führung der CDU gut; weitere 44 Prozent unter Führung der SPD. Damit erfährt die Große Koalition eine sehr klare Unterstützung. Alle anderen Modelle, unabhängig von der Wahrscheinlichkeit der Realisierung, lagen weit abgeschlagen dahinter.

Gegenüber der Vorwahl hat sich bei der Wahrnehmung der wichtigsten politischen Themen eine deutliche Verschiebung ergeben. Hinzu kommt, dass es dem Flüchtlingsthema nicht gelungen ist, die Agenda zu dominieren. Es rangiert auf niedrigem Niveau im Mittelfeld der politischen Probleme. Zudem glauben 70 Prozent der Saarländer, dass das Saarland die vielen Flüchtlinge verkraften könne. Dies sehen alle Anhängerschaften so; lediglich die Anhänger der AfD zeigen sich sehr skeptisch (Forschungsgruppe Wahlen).

An erster Stelle mit 24 Prozent Nennungen stehen die Themen Schule/Bildung, gefolgt von 21 Prozent, die das Thema Arbeitsplätze angeben. 2012 lag das Thema Arbeitsplätze mit 34 Prozent noch klar auf Platz eins. Damals war mit 32 Prozent die Frage nach den Finanzen und der Verschuldung (des Landes) besonders wichtig. Hier ist die Zahl der Nennungen 2017 auf 14 Prozent zurückgegangen. Die Verschiebung bei den sogenannten „Bread and Butter“-Themen ist auch eine Folge der Politik, die einen Kompromiss im Länderfinanzausgleich hergestellt hat und im Bereich des Strukturwandels Erfolge erzielt (Forschungsgruppe Wahlen).

Während 2012 (nur) noch 7 Prozent das Thema Strukturwandel/Kohle/Stahl ansprachen, findet es sich 2017 nicht mehr auf der Agenda. Dies wird dadurch bekräftigt, dass 70 Prozent der Saarländer der Ansicht sind, das Saarland hätte den wirtschaftlichen Strukturwandel gut hinbekommen (Forschungsgruppe Wahlen).

Profitieren kann die CDU von einem großen Zutrauen in die Problemlösungskompetenz. Lediglich in zwei Feldern (Schule/Bildung und soziale Gerechtigkeit) erhält die SPD bessere Werte als die CDU. In den Themenfeldern Finanzen, Wirtschaft, Flüchtlingspolitik, Arbeitsplätze sowie der allgemeinen Zukunftskompetenz kann die CDU gegenüber ihren Mitbewerbern zum Teil sehr deutliche Vorsprünge für sich verbuchen.

Auch das jüngst ausgesprochene Auftrittsverbot türkischer Politiker in Wahlkampfveranstaltungen wird von 86 Prozent positiv bewertet (Forschungsgruppe Wahlen).

Wie fast immer bei Landtagswahlen, ist der Einfluss der Bundespolitik übersichtlich. Zwei Drittel der Wahlberechtigten sagen, die Politik im Saarland sei wichtiger für ihre Wahlentscheidung als die Politik im Bund. Dies sind verhältnismäßig normale Werte für ein Bundesland (Forschungsgruppe Wahlen). Dass das Bundesklima den Wahlausgang dominiert, ist relativ selten auszumachen. So zum Beispiel bei der sogenannten „Schmidtleidswahl“ 1982, als kurz nach der Aufkündigung der sozialliberalen Koalition in Bonn eine Landtagswahl in Hessen stattfand, bei der gegen alle Erwartungen die CDU nicht gewann.

Die **SPD** konnte sowohl jenseits ihrer Stammthemen als auch mit der Spitzenkandidatin nicht reüssieren. Koalitionspolitisch wollte die überwiegende Mehrheit eine Fortsetzung der bestehenden Koalition. Die Aussicht auf einen Regierungswechsel – vor dem Hintergrund der hohen Zufriedenheit mit der amtierenden Ministerpräsidentin – hat der SPD keinen Aufwind gebracht. Da die Wähler überwiegend landespolitische Probleme in den Vordergrund rücken, kann die Partei auch nicht vom bundespolitischen Klima profitieren, von dem derzeit zudem niemand abschätzen kann, was dem Aufschwung wirklich zu Grunde liegt und ob der Prozentzuwachs nur ein mediales Strohfeuer ist.

Die **Linke** hat im Saarland durch Oskar Lafontaine in den westlichen Ländern eine Sonderstellung. Zwar ist auch der Nimbus von Lafontaine und damit das Abschneiden der Partei weit von den 21,3 Prozent der Landtagswahl 2009 entfernt, doch sind auch 12,8 Prozent viel für den Westen. Gleichermäßen wird das Ergebnis keine Auswirkungen auf die Wahlerfolge der Linken bei anderen Wahlen haben, da die Situation nicht vergleichbar ist. In den eigenen Reihen kommt Lafontaine auf einen Wert

von 3,7, was ausgesprochen hoch ist. Bei allen Saarländern erreicht er hingegen 0,6, womit er nicht mobilisiert, sondern polarisiert. Auch die Linke als Partei kommt gerade mal auf -0,1; und bei der Problemlösungskompetenz ist sie quasi nicht vorhanden.

Schafften die **Grünen** 2012 mit einer Handvoll Stimmen den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, so können sie 2017 mit 4,0 Prozent nicht in das Parlament einziehen. Ihr Spitzenkandidat, Hubert Ulrich, ist weitgehend unbekannt, obwohl er schon seit 2002 als Vorsitzender bzw. seit 2004 als Fraktionsvorsitzender für seine Partei tätig ist. Die Grünen konnten im Saarland noch nie gute Ergebnisse einfahren. Bereits in der frühen Phase machte das SPD-Mitglied Jo Leinen ihnen die Themen streitig. So bleibt der Verband Saarland einer der schwächsten innerhalb der grünen Familie.

Die **FDP** leidet stärker als die Grünen unter der 2012 geplatzten Jamaika-Koalition. Sie verlor damals 8,0 Punkte und landete mit 1,2 Prozent auf einem denkbar schlechten Ausgangsniveau. Während die Berliner FDP es im vergangenen Jahr schaffte, sich aus dem Tal der Tränen zu befreien, verharret die FDP dort, trotz eines Zuwachses von 2,0 Prozent. Ihr Spitzenkandidat, Oliver Luksic, ist 61 Prozent der Saarländer nicht bekannt, thematisch bleibt die Partei profillos.

Die **AfD** ist im Saarland hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben. Vom vor allem 2016 in den Wahlergebnissen sichtbaren Höhenflug ist wenig übriggeblieben, auch wenn sie mit 6,2 Prozent in das Parlament einzieht. Wie bei allen anderen Wahlen auch, zieht sie eine bunte Wählerschar an, die aus allen Richtungen ihren Weg zu der Partei finden. Die CDU ist auch im Saarland von der Abwanderung weit unterdurchschnittlich betroffen. 12 Prozent aller AfD-Wähler kommen von der CDU, genauso viele von der Linken. Proportional trifft dies die Linke wesentlich stärker, da die Linke knapp 70.000 Stimmen erhalten hat, während die CDU von ca. 217.000

Wählern unterstützt wird. Gut die Hälfte der AfD-Wähler nennt Protestmotive wie Unzufriedenheit mit anderen Parteien. Als Grund für ihre Entscheidung geben 42 Prozent an, sie würden die AfD wegen ihrer politischen Forderungen wählen (Forschungsgruppe Wahlen). Auch Infratest dimap kann bei 70 Prozent der AfD-Wähler Enttäuschung als Hauptmotiv ausmachen und nur bei 23 Prozent Überzeugung. Bei allen anderen Parteien (außer – wenn auch deutlich schwächer – bei der Linken und der FDP) ist das Verhältnis gerade umgekehrt. Und in der Themenpräferenz unterscheiden sich die AfD-Anhänger leicht vom Durchschnitt. Sie sind die einzige Gruppe, in der das Thema Flüchtlingspolitik noch eine etwas größere Rolle spielt. So nennen 29 Prozent von ihnen das Thema Flüchtlingspolitik, während ansonsten nur von 7 Prozent der Saarländer die Flüchtlingspolitik genannt wird. Innere Sicherheit nennen 21 Prozent der AfD-Anhänger, während das Thema selbst bei der CDU nur für 15 Prozent Priorität hat (Infratest dimap). Zudem polarisiert die Partei wie keine zweite. Von allen Saarländern erhält sie den Wert -3,6. Nur in der eigenen Anhängerschaft erreicht sie +2,5. Damit dürfte die AfD ihr Potential voll ausgeschöpft haben. Mit dem schleichenden Rückgang des Themenfeldes „Flüchtlinge“ in der Themenpriorität der Bevölkerung geht der AfD ein zentrales Mobilisierungsfeld verloren.

Wie bereits in Berlin 2016, sind die Piraten auch im Saarland von der politischen Bildfläche abgetaucht. Umfragedaten zu ihnen liegen nicht vor. Auch aus der Wählerwanderungsbilanz sind keine belastbaren Rückschlüsse zu ziehen. Die als sonstige Parteien ausgewiesene Kategorie bei Infratest dimap sieht Abwanderungen von 10.000 ehemaligen Wählern zur CDU und 11.000 zur AfD. Doch können dahinter auch Wähler anderer „Kleinstparteien“ verborgen sein. Zudem ist die FDP bei den sonstigen Parteien enthalten.

2. Das Wahlergebnis im Saarland 2017: Wählerwanderungsbilanz² und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Saarland 2017

Die **CDU** wird mit einem Vorsprung von 11,1 Punkten stärkste politische Kraft im Landtag. Sie erzielt 40,7 Prozent (+5,5 Punkte) und 217.263 Wähler stimmen für die Partei. Im 51 Sitze umfassenden Parlament wird sie 24 (+5) Abgeordnete stellen.

Die CDU profitiert mit großem Abstand am stärksten von der gestiegenen Wahlbeteiligung. 28.000 ehemalige Nichtwähler stimmen für die Partei. Danach folgt mit einer Mobilisierung von 13.000 Stimmen die SPD und 8.000 Stimmen der früheren Nichtwähler entfallen auf die AfD. Damit wird erneut deutlich, dass Nichtwähler kein monolithischer Block sind und die Bezeichnung „DIE Nichtwähler“ ins Leere läuft.

Die CDU erhält aus allen Richtungen Zuspruch. Lediglich gegenüber der AfD hat sie einen minimalen Saldo von -4.000 Stimmen. Von den anderen Anhängerschaften entscheiden sich 8.000 ehemalige SPD-Wähler für die CDU, 5.000 kommen von den Grünen und 3.000 von der Linken. Kurzum stammt der Zuwachs der CDU aus dem linken Lager und kommt von früheren Nichtwählern. Auch hier wird deutlich, dass Lagertheorien nur in Situationen einer deutlichen Polarisierung funktionieren und die Wechselbereitschaft über vermeintliche ideologische Begrenzungen hinweg kein Hindernis für die Wähler darstellt. Für Wahlergebnisse in dieser Größenordnung findet sich dieses Muster immer wieder. Basis für dieses Wahlverhalten ist meist die hohe Akzeptanz des Amtsinhabers oder Herausforderers in allen Wählerschaften.

Die CDU gewinnt in den mittleren Altersgruppen leicht überdurchschnittlich hinzu und verteidigt ihre starke Stellung in den

² Infratest dimap

älteren Wählergruppen. Im Unterschied zu anderen Bundesländern schneidet die Partei auch bei hochgebildeten Wählern sehr gut ab und kann hier auch noch zulegen. Zudem neigen weibliche Wähler eher zur CDU. Bei Protestanten und Konfessionslosen gewinnt sie ebenfalls überdurchschnittlich.

Die **SPD** schneidet etwa so ab wie bei der Vorwahl (-1,0 Punkte) und erhält 29,6 Prozent der Stimmen (=158.057). 17 Abgeordnete werden sie wie bereits in der letzten Legislaturperiode vertreten.

Die SPD hat unterschiedliche Gewinne und Verluste. 13.000 ehemalige Nichtwähler votieren für die Partei, 8.000 ehemalige Wähler verliert sie an die CDU. Weitere 3.000 verlassen die Partei in Richtung AfD. Zuwächse kommen von der Linken (+3.000) und den Grünen (+2.000).

Sozialstrukturell sind die Gewinne und Verluste der SPD wenig konturiert. Aus den Ergebnissen der Institute bleibt offen, ob die Partei bei Arbeitslosen gewonnen oder verloren hat.

Die **Linke** verliert 3,3 Punkte und erhält 12,8 Prozent der Stimmen. Sie büßt zwei Mandate ein und wird 7 Abgeordnete im neuen Landtag stellen. 68.566 Wähler entschieden sich für die Partei.

Die Linke gewinnt geringfügig Stimmen von den Grünen (+1.000) und auch aus dem Nichtwählerlager ist die Resonanz mit 3.000 Stimmen Zuwachs verhalten. Wähler verlassen sie hingegen in unterschiedliche ideologische Richtungen: Jeweils 3.000 entscheiden sich für die CDU und die SPD; weitere 4.000 wechseln zur AfD. Bereits bei anderen Wahlen – vor allem in den neuen Ländern – war die Linke von einem Wählerabgang zur AfD überdurchschnittlich stark betroffen.

Auch bei der Linken verteilen sich die Verluste recht homogen über die Wählerschaft. Abweichende Angaben der Institute in Bezug auf das Wahlverhalten der Arbeitslosen sind auch hier vorhanden.

Bei **FDP** und den **Grünen** sind aufgrund der Größe Analysen mit Vorsicht zu betreiben. Die Grünen haben an die CDU 5.000 Stimmen verloren. Die FDP ist bei den Wählerwanderungsbilanzen in der Kategorie der sonstigen Parteien enthalten.

Die **AfD** kommt auf 6,2 Prozent (=32.971 Wähler). 3 Abgeordnete werden die Partei repräsentieren. Damit ist die AfD jetzt im 11. Landtag vertreten, während die Piraten demnächst wohl in keinem Parlament mehr repräsentiert sein werden.

Die Wähler kommen in etwa gleichgroßen Tranchen von überall her. Jeweils 4.000 von CDU und Linker. 3.000 Stimmen kommen von der SPD und 8.000 ehemalige Nichtwähler entscheiden sich für die Partei. Der stärkste Zustrom erfolgt aus dem Lager der „sonstigen“ Partei. Darunter könnten sich ehemalige Wähler der Piraten befinden. Generell ist das Wahlverhalten dieser Wählergruppen so gut wie nicht an ideologischen Grundfesten ausgerichtet, sondern an Proteststimmungen wie „es denen da oben mal zeigen“. Daher hat in einem bestimmten Wählersegment (fast) jede Anti-Parteien-Partei eine Chance.

Sozialstrukturell kommen die Wähler auch von überall her. Ein typisches Wählerprofil lässt sich schwerlich ausmachen.

Die Wahlbeteiligung ist von 61,6 auf 69,7 (+8,1 Punkte) gestiegen. Bei allen Wahlen 2016 ist die Wahlbeteiligung angestiegen.